

kauf.
Stadthaus
im Stadthaus
der Stadt.
Herrn
H. S. H.

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeiger
und für Nummern die Postämter
entgegen. — Erscheint werktäglich,
jeden Samstag außer Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigerpreise: Die Anzeigerpreise
bestimmen sich nach dem Raum und
der Zeit. — Anzeiger für den
Raum: 100 Zeilen zu 1000
Zeilen zu 10000.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998.

Nr. 211

Mittwoch, den 10. September 1924

19. Jahrgang

Zerrbilder des Parlamentarismus.

Von Dr. Fritz M. d. N.

Auf innen- und außenpolitischem Gebiete hat die letzte Zeit verhängnisvolle Mißerfahrungen des Parlamentarismus, die sich als schwere Demütigungen in den Schicksalsstunden Deutschlands und der Welt darstellten. Sie mit Stillschweigen zu übergehen, bliebe für den verantwortungsvollen Politiker eine schwere Schuld auf sich laden.

Im deutschen Reichstag wurde um die Entscheidung über das Londoner Abkommen gerungen. Ganz Europa blickte mit gespannter Erwartung auf den Ausgang der Beratungen im deutschen Parlament. Wer geglaubt hatte, daß der ganze Reichstag im Bewußtsein der schicksalsschweren Verantwortung seiner Entscheidung seine Verhandlungen auf einem dem entsprechenden Niveau führen würde, sah sich einem grausamen Irrtum verfallen. Die Stunden der schwersten Entscheidung fanden den Reichstag in einer geradezu erbärmlichen Verfassung. An einzelnen, an sich nebensächlichen parlamentarischen Vorgängen entzündete sich der politische Habitus rechts und links in einer Weise, die zu den widerlichsten Explosionen führte. Den Auftakt gab das Verfehlen eines wegen grober Verletzung der Ordnung ausgeschlossenen Kommunisten im Sitzungssaal. Der Präsident kapitulierte vor diesem Saboteur des parlamentarischen Betriebs. „Ich sehe mich nicht in der Lage, die Verhandlungen weiter zu leiten“ und mehr als 400 Abgeordnete wurden in ihren sachlichen Beratungen um einen vollen Tag aufgehalten. Ein zweiter Akt folgte. Ein Abgeordneter machte von seinem geschäftsordnungsmäßigen Rechte des Widerspruchs gegen sofortige Beratung eines im Ausschuss bereits abgelehnten im Plenum aber wiederholten Antrags geltend. Eine Flut von wüsten Beschimpfungen aus den Reihen der Nationalsozialisten und der Kommunisten war die Antwort. Worte wie „Infamer Schuft“, „Juden Schwein“, „aus mit dem Lump“ dröhnten durch den Saal, aber der Präsident hörte sie nicht und schritt nicht ein, und so steigerte sich die Spannung zu der Stechhitze, in der es zu gewalttätigen Einladungen und zu schweren Tätlichkeiten kam. Ein nachträglicher Ordnungsruf an den tobenden Führer der Nationalsozialisten und der Ausschluß dreier kommunistischer Kaufbolde waren die späte geschäftsordnungsmäßige Sühne. Entfernung der Remittenten durch Polizei war der Schlußakt des Jammerspiels. Endlich übte der Präsident Hausrecht und Polizeigewalt aus.

Was zeigen uns diese Vorgänge? Zunächst einmal die völlige Unfähigkeit des Präsidenten in schwierigen Lagen die Ordnung aufrecht zu erhalten. Man wende nicht ein, daß dies überhaupt nicht möglich gewesen sei. Der Reichstagspräsident Wallraf ist gewiß ein tüchtiger Oberbürgermeister und ein pflichttreuer Staatssekretär gewesen aber zu einem Reichstagspräsidenten fehlt ihm auch alles. Man tut ihm, seiner Partei und dem Reichstag keinen Gefallen, wenn man das verschweigt oder beschönigt. Ansonstere Persönlichkeit, souveräne Beherrschung des Moments, psychologisch richtiges Erfassen der Lage und im gegebenen Augenblick eine Dosis guten Humors — das alles ist an Wallraf nicht zu finden. Man kann aufrichtiges Mitleid mit diesem Präsidenten haben, denn er ist letzten Endes das Opfer des Eides und willkürlichen Dogmas, daß die stärkste Partei den Präsidenten stellen müsse. Der richtige Grundtat ist der, daß ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit die Persönlichkeit zum Präsidenten berufen werden muß die hierzu am geeignetsten ist. Es stimmt aber noch als Fehlgriff in der Wahl des Präsidenten wirkt die mangelhafte Geschäftsordnung. Sie bewegt sich noch ganz in den Formen, die sie in den Zeiten erhalten hat als der Reichstag ein Debattierklub ohne eigene politische Verantwortlichkeit war. Der Reichstag soll jetzt souveräner Repräsentant des deutschen Volkes und der Gesetzgebung sein. In Wirklichkeit läuft er Gefahr, zur politischen Trödelbude und zur Schaustätte ekelhafter Reden zu werden. Bringt es der Reichstag nicht fertig, sich mit drakonischen Mitteln der Gesetzgebung und der Geschäftsordnung gegen diese Gefahren zu schützen und sein Haus rein zu halten dann ist der Tag nicht mehr fern, wo der letzte Rest des Ansehens der deutschen Volksvertretung geschwunden ist. Demokratie ist nicht gleichbedeutend mit Schwäche oder mit schlechten Manieren. Aber die Verhandlungen der Volksvertretung planmäßig führt oder diszipliniert, gehört nicht in sie hinein.

Ein anderes parlamentarisches Herrbild. Die durch das Londoner Abkommen und die Sachverständigenurteile bedingten Gesetze stehen zur Beratung. Die Deutschnationalen gehen in scharfer Opposition. Sie haben den Wahlkampf gegen die Gutachten geführt, haben jedoch als Bundesräte gebrandmarkt, der die

„zweite Versaille“ mitmachen würde und haben dadurch ihre Erfolge bei der letzten Wahl erzielt die sie zur stärksten Partei machten. Im Reichstag erklärte der Führer der deutschnationalen Fraktion bei dem Londoner Abkommen vertretenden Regierung das schärfste Mißtrauen, und über seine Lippen kommt das Wort: hier stehe ich, ich kann nicht anders. Alles das ist das gute Recht der deutschnationalen Opposition. Aber das Wesen der Opposition im parlamentarischen Staatsbetrieb besteht darin daß die Opposition das Gegenteil von dem was die Regierung will, für richtig hält, und daß sie bereit ist, die Regierungsverantwortung für die Durchführung des Gegenteils zu übernehmen. Was geschieht im deutschen Reichstag? Der Opposition wird von derjenigen Regierungspartei, die am meisten unter der struppelosen Wahlagitator der Deutschnationalen gelitten hat, die Beteiligung an der Regierung in Aussicht gestellt, und siehe da, die Opposition schwenkt ein. Nicht mehr von dem Willen zur Verantwortung

anstelle der als irrig bekämpften Politik die eigene im Wahlkampf und in der Regierung zu vertreten, aber auch nichts von einem Wandel zu besserer Einsicht und zur Anerkennung der Regierungspolitik, sondern ein Herrbild parlamentarischer Opposition und parlamentarischer Verantwortlichkeit. Wohl stimmt die Opposition auch jetzt noch geschlossen gegen alle aus dem Londoner Abkommen sich ergebenden Gesetze, die nur der einfachen Mehrheit bedürfen, lehnt also nach wie vor die Verantwortung für die Politik der Regierung ab, in die sie eintreten möchte, aber sie stimmt dann mit der Hälfte ihrer Mitglieder für das eine der Zweidrittelmehrheit bedürftige Gesetz, bei dessen Ablehnung der Londoner Pakt und der Reichstag gleichzeitig zu Fall gekommen wären. Es geht nicht über eine gefestigte Ueberzeugung und über politisches Verantwortlichkeitsgefühl! Es schmerzt, die stärkste Partei des Reichstages in einem solchen parlamentarischen Herrbild zu sehen.

Der Streit um die Kriegsschuldfrage.

In der Sackgasse.

Die von der Reichsregierung auf Befehl der Deutschnationalen unternommene Aktion in der Kriegsschuldfrage hat das voraussehende Ergebnis gehabt. Sie hat besonders in Frankreich, aber auch in England und Amerika ein Echo geweckt, das für den deutschen Standpunkt in dieser so wichtigen Frage nichts weniger als günstig ist und den Bemühungen, die öffentliche Meinung der Welt für eine gerechtere Würdigung der Rolle Deutschlands bei Ausbruch des Krieges zu gewinnen durchaus abträglich ist. Sie hat außerdem aber auf unsere gegenwärtigen politischen Interessen schädigend zurückgewirkt. In der Politik kommt es eben nicht nur darauf an, daß man das Richtige tut, sondern noch vielmehr darauf, daß es im richtigen Augenblick und unter günstigen Umständen geschieht. Auch die Reichsregierung hatte die Absicht ohne daß es dazu der Maßnahmen der Deutschnationalen bedurfte hätte, die Kriegsschuldfrage nicht ruhen zu lassen und hatte in diesem Sinne bereits auf der Londoner Konferenz gewisse Schritte getan. Verhängnisvoll aber mußte es wirken, daß sie sich anhielt, den endgültigen Schritt in dieser Frage zu tun, als gerade die politische so ungeheuer wichtige Völkerversammlung in Genf bevorstand und als Herriot begann, seine Versprechungen in Bezug auf das Besetzte Gebiet in die Tat umzusetzen. Vollständig diskreditiert aber wurde der Schritt der deutschen Regierung dadurch, daß er vor der Öffentlichkeit als das Ergebnis eines innerpolitischen Geschäfts mit den Deutschnationalen erschien. Infolge dessen ist der Reichsregierung sowohl von deutschfreundlichen Kreisen des Auslandes wie auch von maßgebenden und urteilsfähigen deutschen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft der Rat gegeben worden, die Uebergabe der Noten, in denen die Kriegsschuldklärung des Versailler Vertrages für unrichtig erklärt wird, auf einen gelegeneren Zeitpunkt zu verschieben. Gewiß wäre das für die Reichsregierung ein peinlicher Entschluß, aber auch wir sehen keine andere Möglichkeit, aus dieser verfahrenen Lage ohne schwere Schädigungen der deutschen Interessen herauszukommen. Bemerkenswert ist übrigens, daß der französische Ministerpräsident Herriot sich in Genf bemüht hat, die Wirkungen des beschlossenen deutschen Schrittes auf die anderen Delegierten abzuwägen und eine Polemik in der Öffentlichkeit zu verhindern. Er hat sich deshalb bereits den Tadel der französischen Nationalisten zugezogen.

W.M. meldet:

In den widersprechenden Meinungen über die Notfallsfrage der Erklärung der Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage erläutern wir folgendes: In der Ausgabe vom 20. August dieses Jahres ist angekündigt worden, daß die Reichsregierung Antrag nehmen werde, die Erklärungen in der Kriegsschuldfrage den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen. Da es sowohl aus technischen wie aus diplomatischen Gründen nicht möglich war, diese Notifikation gleichzeitig mit der Abgabe der Erklärungen vorzunehmen, mußte der hierfür geeignete Zeitpunkt zunächst noch vorbehalten bleiben. In der Zwischenzeit sind an die Reichsregierung eine Reihe von Wünschen und Anregungen, insbesondere aus wirtschaftlichen Kreisen hinsichtlich Form und Zeit der Uebermittlung herangetragen worden. Das Reichsministerium wird Anfang der nächsten Woche nach Rücksprache des Reichskanzlers und des Außenministers zu einer Sitzung zusammenkommen, um sich über Form und Zeitpunkt der Notifikation schlüssig zu werden.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, haben seit Sonnabend, den 8. September Besuche der französischen belgischen, italienischen und englischen diploma-

tischen Vertreter im Auswärtigen Amte stattgefunden und ist bei den Besprechungen mit Staatssekretär Freiherr von Malahn unter anderem auch die Frage der Absendung der Kriegsschuldnote berührt worden. Von einer offiziellen diplomatischen Demarche kann man aber nur mit Beziehung auf den Besuch des französischen Botschafters de Margerie sprechen, der am Sonntag, den 7. September, den Staatssekretär aufsuchte und im Auftrag des französischen Ministerpräsidenten Herriot Bedenken wegen der Absendung der fraglichen Note geltend machte.

Auch Italien wird vorstellig.

Paris, 8. September. Der Berliner Berichterstatter des „New York Herald“ erklärt, daß der italienische Botschafter Bostari ebenfalls in der Wilhelmstraße erschienen sei, um einen Protest gegen die Absendung der Note einzulegen. Der Berliner Berichterstatter des „Journal“ will wissen, daß auch Lord d'Abernon bereits in der Wilhelmstraße vorgespochen hätte. Diese Nachricht ist aber zweifellos frei erfunden. Lord d'Abernon kann noch keine Zutrittskationen erhalten haben, weil der englische Ministerpräsident erst gestern nachmittags 5 Uhr in London eintraf.

Briefe von Marx an Herriot und Macdonald!

Paris, 7. Sept. Der Genfer Berichterstatter der „Information“ meldet seinem Blatt: Herriot hat gestern einen Brief vom Reichskanzler Dr. Marx erhalten, der ihm durch einen Sonderkurier zugestellt wurde. Der französische Ministerpräsident hat natürlich niemandem den Text dieser Mitteilung bekannt gegeben. „Welt Journal“ spricht von zwei Briefen, von denen einer an Herriot, der andere an Macdonald gerichtet gewesen sei.

Wie „Welt Journal“ mitteilt, mußte man gestern abend am Quai d'Orsay noch nicht ob die deutsche Regierung die angekündigte Erklärung über die Kriegsschuldfrage notifizieren werde oder nicht. Das Blatt erzählt aber von autorisierter Seite: Die Berliner Regierung habe mitteilen lassen, daß sie, wenn sie erklärt, daß Deutschland nicht für den Krieg verantwortlich gemacht werden könne in keiner Weise die ihr nach den Bestimmungen des Versailler „Vertrages“ auferlegten Verpflichtungen, die Reparationen und Schäden zu bezahlen, ableugnen wolle, und daß sie insbesondere ihre Unterschrift unter die Londoner Abmachungen nicht abzugeben wolle.

Pressempfang bei Herriot.

Paris, 8. Sept. Erst gegen 1/8 Uhr abends hat gestern nach Rückkehr Herrlots aus Auer der Empfang der französischen Pressevertreter stattgefunden. Laut „Quotidien“ hat Herrlot gesagt: „Ich arbeite in Genf die Kommissionen. Es war notwendig, durchzugehen, daß die Abklärungskonferenz erst zinsberufen werden eine Einigung erzielt ist. Trotzdem hat es sich nicht empfohlen, den Delegationen das Recht zu verschaffen, selbst zu beschließen. Sie wären aus Furcht, die Regierungen zu binden, vielleicht zu ängstlich gewesen. Also müssen sie ihre Beschlüsse den Regierungen zur Verfügung vorlegen. Diese Verhandlungen werden vielleicht in 20 Tagen beendet sein. Ausgangspunkt bleibt die bekannte Resolution von 1914. Sodann lobte Herrlot die französische Delegation im einzelnen und dann Salandras, Theunis und Benesch's Politik (Quotidien?).“

Was die von der Reichsregierung erwartete Erklärung, gegen die Schuldfrage andelant, sagte Herrlot wurden die Reparationen und die Londoner Beschlüsse